

SR-Sitzung 08.10.15

TOP 5 – Aktuelle Debatte zur aktuellen Situation der Flüchtlinge in Magdeburg

Ausführungen des OB

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die aktuelle Debatte ist von mir beantragt worden, weil ich glaube, dass es höchste Zeit ist, dass wir uns im Stadtrat mit dem Thema befassen, denn dieses Thema wird uns in den nächsten Jahren in allen Bereichen der Stadt intensiv begleiten und fordern und man muss die politische Diskussion dazu führen können, ohne dass, wenn Jemand seine Meinung sagt, der Andere dies als Schwarzmalerei bezeichnet und damit bezichtigt, den Rechten Vorschub zu leisten.

Eine solche Diskussion macht keinen Sinn und ist auszuschließen. Man muss in der Lage sein, politisch zu diskutieren, seine Meinung zu sagen und daraus auch Konfrontationen zu führen.

In der Asyldebatte war das immer so seit 25 Jahren, dass selbst in den Parteien bis aufs Messer gestritten wurde.

Über dieses schwierige Thema muss man streiten, aber am Ende auch Lösungen finden, mit denen man umgehen kann und die die Bürger verstehen.

Die dargestellte Rechtssituation ist an zwei Punkten noch komplizierter, da am Asylrecht ständig geändert wurde und es Nuancen enthält, die die beiden großen Lager beschreibt, nämlich die Einen, die sagen, Jeder darf kommen und die Anderen, die sagen, der Zustrom muss auch begrenzt werden.

Zwischen diesen beiden Diskussionsthemen bewegen wir uns seit mehreren Jahrzehnten. Die letzte große Diskussion dazu hat Anfang der 90iger Jahre stattgefunden, als nach der Balkankrise ca. 440 000 Menschen nach Deutschland gekommen sind.

Und diese heftige Debatte, die auch auf Parteitage geführt wurde – ich war selbst dabei – führte zum Asylkompromiss des Artikels 16a des Grundgesetzes. Die dort enthaltende Änderung war die Definition der sicheren Herkunftsländer und die Drittstaatenregelung. Drittstaatenregelung bedeutet, dass das Asylverfahren in dem Schengenstaatland durchgeführt wird, in dem der Flüchtling zuerst ankommt.

Diese Regelung hat Deutschland abgeschottet und geschützt, weil die Möglichkeit, nach Deutschland zu kommen, aus den Schengenländern eingeschränkt ist.

Von den damals Eingereisten sind fast alle wieder ausgewandert, nachdem der Krieg auf dem Balkan beendet war. Nur wenige Geduldete sind geblieben.

Wie z.B. eine Familie, in der es inzwischen 9 Kinder gibt, der Vater aber absolut integrationsunwillig ist, kein Deutsch gelernt hat, keine Arbeit aufgenommen hat – diesen kann auch keine Integrationszusage gegeben werden. Die wird nur gegeben, wenn Integrationsbereitschaft erklärt wird – nämlich die deutsche Sprache gelernt wird und Arbeit aufgenommen wird.

Falsch war es, den in die Balkanstaaten Zurückgekehrten nicht geholfen zu haben mit wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen. Die heutigen Verhältnisse sind dort teilweise erbärmlich. Menschen leben in Hütten ohne Strom, ohne Wasser, ohne alles.

Deshalb ist es menschlich nachvollziehbar, zu sagen, dass diese Menschen hierbleiben sollen. Aber es ist mit deutschem und europäischem Recht nicht vereinbar.

Es ist aber nicht verwunderlich, dass diese Menschen nach Jahren wieder zu uns kommen, dass Einige jedes Jahr kommen, im Sommer hier sind und mit dem hier erhaltenen Geld in den Heimatländern den Winter zu Hause überstehen können.

Aber die EU und auch Deutschland muss etwas tun, damit sich die Zustände in diesen Ländern ändern.

Ich möchte jetzt an eine erst kürzlich geführte Diskussion zur Familie Haji erinnern. Das war 2014. Die Stadtverwaltung hatte sich erlaubt, nach deutschem Recht Jemanden abzuschieben, der über Italien zu uns kam. Eine Woche später war er wieder da. Wir wurden für unser Handeln in den Zeitungen und Medien extrem angegangen.

Politische Diskussionen sind geführt worden darüber, wie schlimm es in Magdeburg zugeht. Im Landtag wurde von Herrn Herbst der sofortige Rücktritt von Herrn Ehlenberger gefordert. Vieles mehr noch hat dazu geführt, dass alle eingeschüchtert waren und gesagt haben und die Richtlinie entsprechend geändert wurde, dass Abschieben nur nach vorheriger Ankündigung erfolgen soll.

Die Resultate kennt jeder.

Das gehört auch zur Wahrheit dazu, zu sagen, wie wir agiert haben, wie wir mit dem in Deutschland geltendem Recht umgegangen sind und dazu beigetragen haben, dass eine Situation entstanden ist, wie sie jetzt ist.

Das Asylverfahren, was wir aktuell haben, ist aus meiner Sicht absolut unpraktikabel. Denn das Abschiebeverfahren mit den beteiligten Behörden funktioniert in Wirklichkeit nicht. Das zeigen alle Zahlen. Bei allem Bemühen, aber mit Gerichtsverfahren, mit Durchführung, mit In-3-Tagen-wieder-hier-sein, Folgeantrag stellen können – ist Abschiebung praktisch nicht durchführbar.

Das muss man zur Kenntnis nehmen und deshalb fehlt mir für die aktuelle Forderung, die Verfahren zu beschleunigen und massenweise abzuschieben, die Fantasie, wie das praktisch zu machen ist.

Wie sollen so 500 000 Menschen abgeschoben werden?

Abholen zu Hause, Ticket bestellen, ins Flugzeug setzen, ärztliche Begleitung gewährleisten, Ordnungsamt beteiligen – wie soll das für diese große Anzahl funktionieren?

Am 23.01.2015 gab es beim Ministerpräsidenten den ersten Asylgipfel unter Beteiligung von Abgeordneten, Landräten, Spitzenverbänden, Kirchenvertretern.

Wir waren dort auch vertreten und haben schriftlich folgende Forderungen eingereicht. Ich zitiere: „Der Dissens bei den prognostizierten Zahlen ist aufzulösen.“ Schon damals war unklar, von welchen Zahlen wir eigentlich ausgehen sollten bei der Herstellung von Unterkünften.

Dann haben wir geschrieben: „Die Neuregelung der Verteilung von Personengruppen mit Aufenthaltsrecht sicherer Herkunftsländer soll vorgenommen werden.“

Weiter haben wir eine Aufnahmeerweiterung der ZAST gefordert. Im Januar!

Und weiter haben wir die Sicherung der gesundheitlichen Erstuntersuchung (Röntgen Impfung, AIDS-Test) Zeitenerstattung der Mehraufwendung usw. für die gesetzlichen Regelungen, die wir vollzogen haben, gefordert.

Danach ist mehr als ein halbes Jahr nichts passiert.

Erst jetzt versucht man, das Alles in Gesetze zu packen, denn Abwarten und Nichtstun hat dazu geführt, dass wir mit den geltenden Methoden nicht mehr klar kommen.

Ich möchte also betonen, dass wir uns von Anfang an um das Thema gekümmert haben und richtige Vorschläge unterbreitet haben. Nur wurden diese ignoriert!

Am selben Tag hat der Ministerpräsident eine aus meiner Sicht fatale Formulierung gemacht, indem er das Thema Asyl und Zuwanderung mit dem Thema Arbeitskräftemangel kombiniert hat. Er tat so, als ob die Arbeitskräftesituation über das Thema Asyl gelöst werden kann.

Das hat damit aber überhaupt nichts zu tun.

Weil im Asylverfahren die Qualifikation keine Rolle spielt, sondern ich gewähre den Menschen, die in Not sind und verfolgt werden Asyl. Und das ist immer befristet.

Es gibt kein unbegrenztes Asylrecht.

Das ist in der Regel auf 2-3 Jahre befristet und dann wird eine weitere Entscheidung getroffen.

Das macht es aktuell auch schwierig, Unternehmen zu bewegen, Flüchtlinge einzustellen.

Denn niemand weiß, was in 2- 3 Jahren in dem jeweiligen Land sein wird.

Das heißt, dass wir möglicherweise integrieren wie verrückt ohne zu wissen, ob die Leute wirklich hierbleiben können.

Aber das könnte gesetzlich geregelt werden. Derzeit ist es das nicht!

Dann sind wir alle Ende Juli in den Sommerurlaub gegangen.

Zu dem Zeitpunkt hatten wir uns auf ein Verfahren verständigt, die Einrichtungen anzumieten und auszustatten, um die prognostizierten ca. 900 Flüchtlinge bis Jahresende aufnehmen zu können.

Im August nach dem Urlaub war alles anders.

Wöchentlich wurden und werden neue Zahlen genannt. Von 8000 wurde inzwischen auf 30 000 und jetzt auf X erhöht. Von 30 000 müsste Magdeburg 3420 aufnehmen.

Wir hatten aber im Januar schon 1 300!

Bei allen Berechnungen wird auch immer nur von den neu Ankommenden ausgegangen. Die schon da waren, werden in der ganzen Finanzierungsberechnung nie berücksichtigt!

Ich weiß nicht, wer die bezahlen wird!

Von daher stimmen die Zahlen, die genannt werden und die in Berlin verhandelt werden, nicht.

Die unterstellen nämlich, dass im nächsten Jahr 400 000 kommen, für das ganze Jahr, oder 800 000 für fünf Monate.

Wir wissen bereits heute, dass die 5 Monate Bearbeitungszeit erst ab Antragstellung gilt. Wir kriegen aber heute Menschen, die einen Termin zur Antragstellung im März in Halberstadt haben. Die Zeit bis März muss aber auch berechnet und bezahlt werden.

Das heißt, die Haushaltszahlen von letzter Woche werden in diesem Bereich ganz andere sein.

Die Frage ist auch, warum gibt es die Einwanderung aus Syrien erst jetzt, obwohl der Krieg dort vor 5 Jahren ausgebrochen ist.

Die Flüchtlinge sind zunächst in die Nachbarländer gegangen, um dort das Ende des Krieges abzuwarten und dann zurückzukehren. Das ist das übliche Verfahren auf der Welt. Und dann ist UNHCR aufgerufen, in den Lagern, die dort eingerichtet werden, die Flüchtlinge zu versorgen. Mit einer Menge Geld. Aber die Geldzusagen, die vereinbart waren, wurden von einzelnen Ländern nicht eingehalten. Es ist nur ein Drittel der Gelder da, sodass die Menschen befürchten müssen, den Winter in den Lagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien ohne Essen nicht zu überstehen. Deshalb haben sie sich auf den Weg gemacht. Und das wurde noch durch andere Faktoren, die vor allen Dingen in Deutschland liegen getriggert.

Bis zum 24.09.15 wurden im Fernsehen die Bilder der Massen, die an die Grenzen drängen, gezeigt. Seit diesem Tag nicht mehr. Trotzdem kommen die Menschen noch. Jeden Tag kommen 10 000 Menschen nach Deutschland und müssen jeden Tag versorgt werden.

Und wir müssen dabei bleiben in der Stadt und der Stadtverwaltung, dass wir die Menschen menschlich behandeln, ihnen auch so begegnen, wie sich das für jeden anderen Magdeburger auch gehört. Und dass wir jede rassistische, menschenverachtende Äußerung verurteilen und schon gar verurteilen, wenn jemand handgreiflich wird, Gewalt anwendet, Unterkünfte anzündet. Das ist absolut zu verurteilen und von jedem vernünftigen Menschen in der Stadt wird das auch so gemacht!

Trotzdem kommen wir an die Grenzen dessen was man leisten und machen kann.

Das habe ich bereits in einem Interview am 05.09.15 gesagt. Bei der Geschwindigkeit der Aufnahmen kommen wir an unsere Grenzen.

Wir sind in Magdeburg natürlich nicht an unseren Grenzen, wenn es um die Unterbringung von 3000 Menschen geht.

Wenn wir jedes Jahr 1000 Flüchtlinge aufnehmen, könnte das ordentlich geplant werden, sowohl die Unterbringung, als auch die Vermittlung von Wohnungen.

Das ist aber aktuell nicht der Fall, weil die Geschwindigkeit zu hoch ist, um die praktische Handhabung in allen Bereichen, die wir zu betreuen haben, zu sichern.

Ich komme nochmal zu Fragen des Asylrechts.

Nach Art. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Flüchtling eine Person, die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und besitzen würde und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann.

Nach dieser Definition muss ein zwingender Zusammenhang zwischen den Fluchtgründen und der Furcht vor Verfolgung aus den aufgezählten Gründen bestehen.

Die Genfer Flüchtlingskonvention schützt keine Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge, entsprechendes gilt für Binnenverhältnisse. Auch Bürgerkriegsflüchtlinge, die aufgrund allgemeiner Kriegsgefahren flüchten, unter dem Schutzbereich des humanitären Völkerrechts, sind nicht vom Anhebungsbereich der Flüchtlingskonvention gedeckt. Dafür gibt es andere Sonderregelungen.

Es ist doch fraglich am Beispiel Syriens, wer bei den Kämpfen der Rebellen gegen den IS der Verfolgte ist. Es kann nicht sein, dass die UN erklärt, dass alle aufgenommen werden müssen, egal aus welcher Bürgerkriegspartei.

Denn die Flüchtlingskonvention entstand 1951 nach dem 2. Weltkrieg für Diejenigen, die von einem Staat nicht aber von verschiedenen Gruppierungen aus den genannten Gründen verfolgt werden.

Deshalb sind jetzt Sonderregelungen zu treffen.

Und es gibt auch Sonderrechte, die von der UN in den Jahren immer wieder fortgeschrieben wurde und darin bestehen, dass in solchen Massenfluchtsituationen ein vorläufiger Status gewährt wird und nicht ein individuelles Asylverfahren durchgeführt wird, weil das in der Zeit praktisch unmöglich ist.

Aktuell wurde bekannt, dass Bund und Länder sich geeinigt haben. Der Bund schafft 40 000 Erstaufnahmeplätze und das Land 10 000.

Aber die Arbeit der Kommunen und der Verwaltungen beginnt dann erst.

Wenn die Menschen bei uns bleiben, brauchen wir Arbeitsmöglichkeiten. Bei derzeit 17 000 Langzeiterwerbslosen in Magdeburg ist dies begrenzt.

Die wirklich freien Stellen in Magdeburg sind überschaubar.

Von den 2000 freien Stellen sind 700 Leiharbeitsplätze.

Wir sollten allerdings auch sagen, was ist wirklich machbar bei uns. Wie kann man die Menschen mit all unseren Möglichkeiten in die freie Wirtschaft integrieren.

Es gibt in Europa und auch in Deutschland genug Erfahrungen damit, was passieren kann, wenn in großen Stadtteilen Menschen leben und ohne Arbeit sind.

Denn die Integration findet am besten über die Arbeit statt.

Im gestrigen Interview hat die Bundeskanzlerin gesagt, dass 70 % der Flüchtlinge in einer Umfrage angegeben haben, dass sie wieder in ihr Heimatland zurückkehren wollen. Aber was bedeutet das für uns und unsere Anstrengungen in der Integration?

Wie macht man was richtig?

Das sind Fragen, die die Politik beantworten muss.

Wir müssen uns auch Gedanken machen, wie wir die nächsten Schritte bewältigen, die da heißen Schaffung von Kindergarten- und Schulplätzen, Schaffung von Wohnungen.

Wir müssen die Stadtplanung betrachten und die Frage, ob die getroffenen Entscheidungen zu Rückbaumaßnahmen richtig waren.

Wir müssen bestehende Verkehrskonzepte prüfen und vieles mehr.

Wir haben also eine gigantische Aufgabe vor uns und die Pflicht, das gemeinsam zu diskutieren, auch andere Meinungen zuzulassen und nicht das Gesicht zu verziehen, wenn einer mal was sagt, was dem Anderen nicht passt.

Es hilft kein Schwarzmalen, aber auch kein Schönreden. Es hilft einfach eine praktische Analyse dessen, was vor uns liegt, um dafür die richtigen Lösungen zu finden und Entscheidungen voran zu bringen, damit wir die Situation geordnet und vernünftig meistern können.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir heute noch einen Beschluss über die nächsten anzumietenden Unterbringungseinrichtungen zu fassen haben.

Ich bleibe aber dabei, dass wir in Magdeburg keine Sporthallen oder andere Hallen für die Flüchtlingsunterbringung nutzen werden.

Es gibt fast täglich Anfragen, ob wir die Stadthalle oder die Messehallen freigeben können.

Ich lehne dies weiterhin kategorisch ab.

Damit Sie eine Vorstellung bekommen, um welche Aufnahmedimension es sich derzeit handelt: Wir haben in Olvenstedt einen Block mit viel Diskussion und Aufwand freigegeben und von der Wobau herrichten lassen, in dem jetzt 150 Flüchtlinge leben. Wenn der gesamte Brunnenhof genutzt würde, wären dies 600 Plätze, d.h. ein Quartier mit 4 Blöcken löst mein Problem von einem Monat. Im nächsten Monat würde ich aber wieder 4 Blöcke benötigen, und im übernächsten Monat ebenso!

Diese Blöcke gibt es in Magdeburg aber nicht, die hergerichtet sind und in der Geschwindigkeit Flüchtlinge aufnehmen können.

Formal richtig ist die Aussage, dass Magdeburg 10 000 leer stehende Wohnungen hat.

Diese sind nur nicht in wenigen Tagen herzurichten.

Wenn wir – das wäre ja die ganz große Chance, die wir als Stadt hätten – sicher wüssten, Flüchtlinge bleiben jetzt 10 Jahre hier, dann könnte man die schönen Häuser in Salbke oder Westerhüsen sanieren und den Flüchtlingen als Wohnungen anbieten.

Der private Besitzer dieser Häuser muss dies aber sicher wissen, denn er muss einen Kredit aufnehmen, muss investieren in die Sanierung und muss sicher sein, dass die Mieteinnahmen noch in 10 Jahren fließen.

Da das aber nicht sicher ist, ist es auch nicht so trivial zu sagen, diese leer stehenden Wohnungen der privaten Besitzer können morgen an den Markt gegeben werden.

Und sogar wenn die Privaten das jetzt angehen würden wäre längst nicht klar, ob das für 4,60 €/m² machbar wäre.

Unsere Unterkunftsrichtlinie gilt eben auch für die bleiberechtigten Flüchtlinge, die über das Hartz IV-System Wohnungen bekommen.

Intern wird schon mal diskutiert, ob wir von diesem Niveau abweichen können. Ich sage klar Nein!

Wenn ich keinen Aufstand in der Stadt provozieren will, kann ich in diesem Punkt nicht differenzieren zwischen den anderen 18 000 Bedarfsgemeinschaften und den Flüchtlingen.

Außerdem ist 4,60/m² für die Sanierung eines z.B. 20 Jahre alten leer stehenden Gebäudes nicht viel.

Wie es also hier weitergeht, kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Das betrifft die allermeisten Menschen in ihrer undifferenzierten, undefinierten Angst.

Das ist so. Wenn Menschen nicht wissen was morgen ist, entwickelt sich auch Angst.

Und die Fragen der Menschen dazu, was in den nächsten Jahren passiert, müssen auf kommunaler, aber auch auf Bundesebene beantwortet werden. Das ist das Allerentscheidendste, glaube ich.

Schauen Sie sich die gestrige Magida-Demonstration in Erfurt an: 8 000 Demonstranten auf der Straße bei einer linken Landesregierung und 800 Gegendemonstranten.

Von morgens bis abends reden die Menschen nur über dieses eine Thema: Was passiert in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten mit uns?

Die Antworten müssen gegeben werden. Ich kann sie nicht offen lassen und sagen, wir gucken mal, wie wir das hinkriegen.

Auch die Diskussion über die Verhandlungen mit der Türkei derzeit sind, glaube ich, nicht ganz ehrlich.

Wir sagen, wir machen keine Grenzen zu, aber verlangen in Wirklichkeit, das sollen die Türkei und Griechenland tun, damit keiner mehr nach Deutschland kommen kann.

Das ist doch die Wahrheit, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

Es ist allerdings auch ein Stückweit die Systematik, die im Schengenabkommen steht, nämlich, dass die EU-Außengrenzen geschützt werden und in diesen Ländern der Erstaufnahme das Asylverfahren durchgeführt wird.

Dieses Verfahren wurde aber am 04.09.15 ausgesetzt mit der Entscheidung, zu genehmigen, dass die Registrierung in diesen Ländern nicht erfolgt ist und man nach Deutschland einreisen konnte ohne Registrierung.

Und jetzt ist es äußerst schwierig, die Länder wieder zurückzuholen auf den Pfad, von dem wir selbst am 04.09.15 abgewichen sind!

Trotzdem bleibt es dabei, dass wir auf kommunaler Ebene eine Aufgabe zu erfüllen haben, die menschlich nachzuvollziehen ist und die wir nach bestem Wissen und Gewissen und mit aller Empathie durchführen werden.

Und bisher ist alles vernünftig gelaufen!

Trotzdem müssen wir uns keine Illusionen machen, dass es in den nächsten Wochen und Monaten so weitergeht.

700 und mehr Flüchtlinge pro Monat aufzunehmen, ist nicht so einfach zu lösen.

Man muss wissen, dass dies eine gigantische Aufgabe ist.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit dieser Aufgabe befasst sind, sind am absoluten Limit.

Wenn diese am Nachmittag – also eigentlich zum Feierabend – einen Anruf bekommen, dass bis 23.00 Uhr Flüchtlinge zu verteilen sind, dann wird es schwierig.

Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren schon den ganzen Tag im Dienst und haben ihre Arbeit erledigt.

Aber wir jammern nicht rum, wir machen unsere Arbeit! Aber wir haben auch das Recht, auf die Probleme hinzuweisen.

Wir haben z.B. heute früh die Liste bekommen mit den ca. 100 Personen, die heute Abend ankommen und untergebracht werden müssen. Wir haben erfahren, dass die ärztliche Untersuchung der Flüchtlinge in der ZASt Halberstadt nicht mehr vollständig erfolgt.

Wir kriegen möglicherweise also Flüchtlinge, die ohne ärztliche Untersuchung herkommen.

Also habe ich heute Morgen einen Brief geschrieben, dass ich diese Personen nicht annehmen werde. Dieses Risiko kann ich nicht tragen! Es ist gesetzliche Pflicht der Erstaufnahmeeinrichtung, die ärztliche Untersuchung durchzuführen.

Nicht nur meine Mitarbeiter, die heute Abend die Flüchtlinge in unseren Dienstautos auf die Einrichtungen verteilen, müssen sicher sein, dass nichts passiert, dass sie keinen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind.

Also muss an allen Stellen vernünftig gearbeitet werden. So, wie es jetzt aktuell läuft ist der Prozess in der Geschwindigkeit nach deutschem Recht nicht beherrschbar.

Die Frage also, die mir Sorgen bereitet, ist, wie man das alles hinkriegen kann.

Ich möchte noch ein weiteres Problem absprechen.

Wenn jetzt das Zurückschicken beschleunigt werden soll, kann es passieren, dass Menschen aus dem Kosovo, die schon mehrere Jahre hier sind, gut Deutsch sprechen, deren Kinder in die Kitas oder in die Schule gehen und vielleicht eine Lehrstelle oder sogar Arbeit haben, zurück müssen, obwohl sie gut integriert sind.

Ich würde gern die Entscheidung treffen können, dass diese Menschen hierbleiben dürfen!

An dieser Stelle müsste nachgesteuert werden. Die Länder müssten sagen können, gut Integrierte können endlich hierbleiben. Und wenn ein Unternehmer sagt, ich bilde diesen Menschen aus und biete ihm eine berufliche Zukunft, dann müsste auch diese Person – wenn sie es auch will - hierbleiben dürfen, egal, aus welchem Land sie kommt.

Ein weiteres Problem möchte ich ansprechen.

Derzeit sind 80 % der Flüchtlinge allein reisende junge Männer.

Wir wissen was passieren kann, wenn eine große Gruppe von Männern wie z.B. bei der Armee in einer Kaserne oder eben in einem Lager untergebracht ist. Da ist Integration und Unterbringung in Wohnungen besonders schwierig.

Und wenn diese Männer hierbleiben, können sie ihre Familien, ihre Kinder nachholen.

Die Frage ist dann, werden aus der einen Million Flüchtlinge dann vier oder fünf Millionen? Rechtlich gesehen, können Familienangehörige nachgeholt werden, wenn Wohnraum vorhanden ist und nachgewiesen ist, dass der hier Lebende Arbeit hat, um sie zu versorgen. Sonst ist das Nachholen nicht möglich.

Trotzdem wissen wir, dass dies so passieren wird.

Die Familien werden sich wie die Männer auf den Weg machen und hoffen, dass, was bei den Männern geklappt hat, auch bei ihnen klappt.

Darauf müssen wir uns einstellen.

In welcher Größenordnung das geschehen wird, weiß derzeit niemand, aber wir müssen damit umgehen.

Allerdings ist es einfacher, eine Familie in Wohnungen unterzubringen, als einzelne Männer.

Auch emotional wäre es für viele einfacher, zu wissen, an der Grenze stehen Familien und kleine Kinder, als nur einzelne, aber zehntausende junge Männer.

Dieses Thema ist schwierig, aber die Gründe dafür sind uns allen bekannt.

Wir brauchen in Deutschland also ein Einwanderungsgesetz, um auch das zu regulieren, was wir jetzt nicht regulieren können. Wir brauchen Wirtschaftshilfen für die europäischen Länder, aber auch für die Länder, aus denen die Menschen fliehen und wir müssen dazu beitragen, diesen ätzenden Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Und was ich jetzt für mich fordern würde ist, dass Deutschland absolut keine Waffen mehr exportieren außerhalb der NATO und außerhalb der EU.

Denn das, was wir jahrelang gemacht haben, führte dazu, dass heute alle Kriegsparteien schwer bewaffnet sind.

Sie erhalten die besten Waffen aus China, aus Russland aus Deutschland und aus den USA, aber irgendwann kommen die Waffen zu uns zurück – allein oder mit den Menschen. Es muss aufhören, dass wir solche Länder mit Waffen ausstatten.

Und Deutschland muss an dieser Stelle voran gehen und erklären, keine Waffenexporte mehr außerhalb der EU und des NATO-Bereiches vorzunehmen.

Das ist das Mindeste, was man jetzt aus dieser Situation lernen muss, dass man das nicht so weiter treiben kann.

Vor uns liegt also ein komplizierter, rechtlich schwieriger Prozess, auf dem wir die Bevölkerung mitnehmen müssen. Denn sonst werden wir von den Meinungsmachern überrollt und wir geraten in die Defensive. Das darf nicht passieren!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass wir die Kraft haben, das durchstehen und vernünftige Lösungen finden zu können. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser schwierigen Aufgabe, die vor uns liegt, gemeinsam fertig werden können.